

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 22. December v. J. die Uebernahme des ordentlichen öffentlichen Professors der Rechte, Dr. Andreas Horak, an der Universität in Lemberg in den bleibenden Ruhestand allergnädigst zu genehmigen, demselben aus diesem Anlasse in Anerkennung seiner vielfährigen erspriesslichen Wirksamkeit im Lehrfache taxfrei den Titel eines kaiserlichen Rathes zu verleihen und weiter den verstorbenen ordentlichen Professor der Preßburger Rechts-Akademie, Dr. Johann Bayer, zum außerordentlichen Professor der Finanzgesetzkunde an der erwähnten Hochschule allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Staatsministerium hat über Vorschlag des fürstbischöflichen Ordinariates von Laibach den Weltpriester dieser Diözese, Anton Brodnik, zum Religionslehrer am Untergymnasium zu Krainburg ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Der verstorbene Realitätenbesitzer Herr Varishelmä Salloch hat in seinem mündlichen Testamente vom 17. August v. J. den Betrag von 5000 fl. öst. Währ. der, für die Irenen aus Krain zu errichtenden Anstalt vermachet.

Der krain. Landesauschuß, der den obigen Betrag seiner Bestimmung zuführt, erachtet sich verpflichtet, diesen großmüthigen Akt zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Vom krain. Landesauschusse.

Laibach am 2. Jänner 1864.

Zur deutsch-dänischen Frage.

G. C. Als Oesterreich gemeinschaftlich mit Preußen am Bunde den Antrag stellte, die Besetzung Holsteins eventuell auf Schleswig auszudehnen, war es sich vollkommen bewußt, daß durch die Annahme des Antrags eine Situation geschaffen werden kann, aus welcher möglicherweise der europäische Krieg hervorgeht. Gleichwohl nahm es keinen Anstand, zu einem Schritt von so ernster Bedeutung die Initiative zu ergreifen, weil es das Recht Gesamtdeutschlands, welches durch eine Inkorporation Schleswigs in Dänemark verletzt wird, auf jede Gefahr hin zu wahren entschlossen ist; es zögerte nicht, den deutschen Interessen und einer Bundespflicht manche gewichtige Rücksichten unterzuordnen. Um so mehr muß es darauf sehen, daß die Bedeutung und der Sinn der Maßregel nicht alterirt werde. Die Inpfandnahme Schleswigs soll den Zweck haben, Dänemark zur Achtung der Rechte Deutschlands zu nöthigen, Schleswig also eine selbstständige Stellung im Verbande der dänischen Monarchie zu sichern. Die Inpfandnahme sollte ein Mittel zur gerechten Lösung der Verfassungsfrage sein, die Erbfolgefrage nicht berührend. Letztere sollte dadurch so wenig präjudicirt werden, als durch die Bundesexekution in Holstein. Der Entscheidung, wer künftig in den Herzogthümern regieren wird, dürfte damit weder rechtlich noch thatsächlich vorgegriffen werden.

Dies ist der Sinn des österreichisch-preussischen Antrages und die Voraussetzung, unter welcher er gestellt war. Es läßt sich jedoch nicht verkennen, daß die neuesten Ereignisse in Holstein den Stand der Dinge mehr und mehr zu verschieben beginnen. Herzog Friedrich von Augustenburg erläßt in Kiel Proklamationen „an seine Unterthanen“, empfängt Deputationen und Körperschaften aus Holstein und

Schleswig, nimmt Huldigungsakke entgegen und legt sich bereits die Organismen zurecht, die erforderlich sind, um alsbald die Regierung zu ergreifen. Das ist weder einfache Uebung des „Heimatsrechtes“, noch die bloße That eines „Privatmannes“. Ein großer Theil der Presse in Deutschland sympathisirt lebhaft mit diesen Bestrebungen, es wird in sichere Aussicht gestellt, daß die „kommissarische“ Verwaltung Holsteins binnen Kurzem „ohne alles Geräusch“ durch die „landesherrliche“ werde ersetzt werden. Darin liegt eine vollständige Inversion des Bundesbeschlusses vom 7. v. M. Hier handelt es sich nicht mehr darum, ob die Ansicht der Mehrheit oder der Minderheit am Bunde zur Geltung gelangen soll: es wird über das Majoritäts- und Minoritätsvotum hinausgegriffen. Hiemit ist der Standpunkt sowohl der Exekution als der Okkupation überholt: es wird da nicht mehr die Rechts-, sondern die Machtfrage gestellt und die Succession vorweg faktisch entschieden, ehe der Bund schlüssig geworden ist.

Ein solcher Verlauf der Begebenheiten muß gerade bei denjenigen schwere Bedenken erwecken, welche wünschen, daß die Angelegenheit der Herzogthümer eine den nationalen Interessen Deutschlands entsprechende Lösung erhalte. Die gesetzliche Bahn ist damit verlassen und der Einmischung des Auslandes Thür und Thor geöffnet. Und was geschieht in einer Zeit, wo der Bund eben daran gehen soll, Maßregeln wegen Schleswig zu beschließen und zu ergreifen. Schleswig liegt außerhalb des Bundesgebietes und man darf nicht vergessen, daß der Art. 35 der Wiener Schlussakte dem Bunde das Recht des Krieges und Friedens nur zu seiner und der Bundesmitglieder Verteidigung gestattet. Ein Einmarsch der Bundes-truppen in Schleswig würde — wohlbedenkt unter dem Gesichtspunkte, daß der Herzog von Augustenburg sich als faktischer Beherrscher Holsteins und zugleich als Prästendent auf Schleswig installirt — als ein Angriffskrieg des Bundes zur Eroberung eines fremden, d. h. nicht zum Bunde gehörigen Territoriums zu Gunsten nicht einmal eines wirklichen, sondern bloß eines präsumtiven Bundesgliedes erscheinen.

Wir haben diese Erwägungen hier ausgeführt, vorläufig ohne daraus andere Konsequenzen zu ziehen, als daß durch die letzte Wendung der Dinge die korrekte Entwicklung derselben und die Aktion der deutschen Großmächte in hohem Grade erschwert wird. Es ist vielfach — wir geben zu: von anerkannt patriotischer Seite — die Ansicht ausgesprochen worden: nichts weiter sei nöthig zur gedeihlichen Lösung der Frage, als daß man die Mittelstaaten vorgehen lasse und sie lediglich nicht behindere.

Wir versetzen uns auf diesen Standpunkt; wir nehmen an, daß die militärische Macht des nicht-österreichischen und nicht-preussischen Deutschland ausreiche, um in Schleswig-Holstein eine vollständige, die weitest reichenden Wünsche des deutschen Volkes befriedigende Entscheidung herbeizuführen. Aber was dann? Schmeichelt sich Jemand mit der Hoffnung, daß das Ausland die Gelegenheit nicht benützen werde, um gegen das mit allen seinen Kräften an der Elbe und Eider engagierte Drittel Deutschlands eine bewaffnete Diverfion zu machen? Werden die Mittelstaaten auch die Kraft haben, solche Angriffe — Angriffe auf die Integrität und Unabhängigkeit unbesritten zum deutschen Bunde gehörigen Gebietes — abzuweisen?

Wir zweifeln daran. Die Aufgabe, den deutschen Bund gegen die Chancen europäischer Verwicklungen zu decken, fielen dann doch nur den deutschen Großmächten zu und es erwiese sich als eine einfache Täuschung, zu glauben, daß die Mittelstaaten im Stande seien, die Aktion gegen Dänemark und dessen allfällige Allirte auf ihre eigene Gefahr und Rechnung glücklich zu Ende zu bringen. Das sind Erwägungen, denen sich unseres Erachtens besonnene Freunde des

deutschen Gesamt Vaterlandes nicht verschließen sollten, und welche auf die Haltung Oesterreichs nicht ohne Einfluß bleiben können.

12. Sitzung des Herrenhauses

am 4. Jänner.

Auf der Ministerbank: Rechberg, Meseray, Passer, Plener, Hein, Freiherr v. Wertens.

Den Vorsitz führt Präsident Fürst Auerberg. Nach Verlesung des Protokolls und Mittheilung der Einkäufe theilt Finanzminister v. Plener mit, daß Se. Majestät dem Gesetz über die viermonatliche Fortdauer der Steuererhöhung die Allerhöchste Sanction ertheilt habe.

Auf der Tagesordnung steht die „Verhandlung über den Staatsvoranschlag pro 1864.“

Berichterstatter Ritter v. Pipitz liest den allgemeinen Theil des Berichtes vor, welcher den größten Theil der Ansätze, wie sie aus dem Abgeordnetenhaus hervorgingen, zur Annahme empfiehlt und nur acht Differenzen ankündigt, welche aber ebenfalls weniger die Ziffer, als Prinzipien betreffen und der Verständigung entgegenharren.

Nach den Ansätzen der Finanzkommission ist das Ausgabenbudget um nahe an 6 Millionen höher und sie beantragt zugleich, Birements in dem Budget des Marineministeriums als zulässig zu erklären.

Präsident schlägt vor, bei der Spezialberatung des Voranschlages nur diejenigen Theile vortragen zu lassen, bei welchen sich Differenzen mit dem andern Hause ergeben, ferner jene Theile des Berichtes, welche die Beleuchtung der Verhandlungen im andern Hause enthalten und für das Herrenhaus von Belang sind. (Wird keine Einwendung erhoben.)

Die Kapitel: „Allerhöchster Hofstaat“ und „Kabinetkanzlei Sr. Majestät des Kaisers“ werden nach den Ansätzen des Abgeordnetenhauses zur Annahme beantragt. (Wird angenommen.)

In dem Kapitel „Reichsrath“ ergibt sich eine kleine Differenz, indem die Finanzkommission das Erforderniß des Herrenhauses um 755 fl. erhöht hat. Diese Summe wird nothwendig, um den Archivar des Herrenhauses dem des Abgeordnetenhauses gleichzustellen und die Zulage des dritten Konzeptbeamten, eines Statthaltersekretärs, von 40 fl. auf 80 fl. monatlich zu erhöhen. (Wird ohne Debatte nach dem Antrage der Finanzkommission angenommen.)

Das nächste zur Verhandlung kommende Kapitel ist der „Staatsrath.“ Die Kommission beantragt, die Zifferansätze, wie sie aus dem Abgeordnetenhaus hervorgegangen, anzunehmen. Auf die Aufforderung des Abgeordnetenhauses übergehend, die Regierung möge bis zur nächsten Session eine mit dem verfassungsmäßigen Staatsleben vereinbarliche Reorganisation des Staatsraths in Vorlage bringen, erklärt die Kommission: „Die Form dieser Aufforderung greife der künftigen Behandlung vor und beabsichtige dieser letzteren eine beengende Richtung zu geben, was um so bedenklicher angesehen werden muß, als über diesen Gegenstand nicht beide Häuser im verfassungsmäßigen Wege zur gegenseitigen Verständigung gelangen.“ (Es werden sodann die Zifferansätze ohne Debatte angenommen.)

In dem Kapitel „Ministerrath“ ergibt sich keine Differenz.

Bei dem Budget des Ministeriums des Aeußern spricht sich zuerst die Kommission gegen die Uebertragung der Erfordernißziffer des Zahlamtes aus dem Ordinarium in das Extraordinarium aus, schlägt jedoch vor, das hohe Haus wolle diese Aenderung nicht beanstünden, sich jedoch auf den auch in andern Fällen von dem hohen Hause gebilligten Grundsatz beziehen: „daß durch die Einstellung der Erfordernißziffer für das Zahlamt in das Extraordinarium der künftigen

Entscheidung über dessen Einrichtung in keiner Weise vorgegriffen werde.“ Was den bei den „diplomatischen Auslagen“ von dem Abgeordnetenhaus vorgekommenen Abstrich von 23.333 fl. betrifft, glaubt die Kommission einrathen zu sollen, in den Zifferansätzen des Abgeordnetenhauses nichts zu ändern, in der Erwartung, es werde dem Ministerium gelingen, mit der für den zweiten Titel angesetzten Summe das Auslangen zu finden. —

Die von dem Abgeordnetenhaus ausgesprochene Aufforderung 1) wegen Aufnahme der Kosten für jede einzelne Mission in das künftige Budget; 2) wegen Vorlegung eines Exposé der politischen Lage des Reiches in den Beziehungen zu den auswärtigen Mächten nebst den diplomatischen Aktenstücken, werden von der Kommission übergangen, da hierbei nicht so sehr die finanzielle als die politische Richtung ins Auge gefaßt wurde. Diese Anforderung scheint auch von solcher Art, daß sie als in's Gebiet der Verfassungsfrage eingreifend erkannt werden müsse.

Kardinal Rauscher. Dadurch, daß Se. Majestät den Reichsrath zur Theilnahme an der Gesetzgebung berief, wurden die bestehenden Gesetze nicht in Frage gestellt. Dieß versteht sich von selbst. Daraus ergibt sich, daß die Bezüge der Beamten in voller Kraft verblieben. Als das Abgeordnetenhaus im J. 1862 die Funktionszulage des Botschafters in Rom um 20.000 fl. verminderte, konnte dieß nur die Gültigkeit eines Antrages haben. Das Herrenhaus konnte diesem Antrage nicht beitreten, umsoweniger, als die Regierung erklärte, diese Summe sei zur Aufrechterhaltung der dem Botschafter übertragenen Mission notwendig. In der gemischten Kommission kam der bekannte Kompromiß zu Stande. Dem Reichsrathes siehe es wohl zu, eine von der Regierung verlangte Summe zu verweigern, aber keinesfalls eine Summe ihr aufzudrängen, die sie nicht als notwendig erkennt. In dem Voranschlage für 1863 erschien für die diplomatischen Auslagen die für 1862 vereinbarte Summe und erhielt die Zustimmung. Allein für 1864 hat die kaiserliche Regierung wieder die Zulage des Botschafters für Rom im vollen von Sr. Majestät bewilligten Betrage aufgenommen. Das Abgeordnetenhaus verminderte dieselbe von Neuem um 20.000 fl. Die Regierung erklärte sich mit der Bewilligung der Gesamtsumme einverstanden, wodurch dem Herrenhaus das Substrat zur Einsprache entzogen wird und ihm nur bleibt, die früher eingelegte Verwahrung zu wiederholen. — Redner vergleicht die in Frage stehende Ziffer von 20.000 fl. im Vergleich zu dem Budget mit einer Mücke auf dem Rücken eines Ochsen, obzwar er damit nicht sagen wollte, daß man es mit irgend einem Pöbel leicht nehmen dürfe. Aber der Zweck müßte in's Auge gefaßt werden. Repräsentation sei bei Diplomaten eine Nothwendigkeit. Botschafter vertreten die Person ihres Monarchen und welcher Oesterreicher könnte es wünschen, daß der Vertreter seines Kaisers hinter den Botschaftern anderer Nationen zurückstehe. Rom verfüge allerdings nicht über 600.000 Bayonnette, aber es sei der Mittelpunkt des geistigen Lebens, dorthin sei der Blick von 200 Millionen Katholiken gerichtet. Woher komme dann der Widerspruch gegen diese Zulage. Einzelne Stimmen deuteten dahin, es gelte nicht der Sache, sondern der Person. Dann müßte man befürchten, daß dieß auch einem Minister, General, Statthalter u. dgl. geschehe, gegen den sich in einem Hause eine Majorität zusammenfindet. Die Verfassung ist der feste Punkt, von dem man nicht abweichen dürfe. Das Herrenhaus werde stets seine Rechte wahren, aber auch über die Rechte des Oberen der Verfassung wachen. Auf diesem Grundsatz fußend, habe das Haus bei derselben Gelegenheit eine Verwahrung ausgesprochen und werde hoffentlich bei derselben bleiben. Er stelle deshalb den Antrag: „Das hohe Haus wolle beschließen, zu erklären, daß es hinsichtlich der Beschlüsse, welche einem der beiden Häuser des Reichsrathes über die Verminderung der für Staatsbeamte festgesetzten Bezüge gefaßt wurden, unerschütterlich bei dem Grundsatz beharre, welchen es stets vertreten habe und nur unter erneuerter Wahrung desselben der für die diplomatischen Auslagen eingesetzten Summe seine Zustimmung ertheile.“ (Wird fast einstimmig unterstützt)

Graf Thun spricht sich gegen die Uebertragung gewisser Posten dieses Budgets aus dem Ordinarium in das Extraordinarium aus, da er keinen Grund für diese Umstellung sehe. Er wolle aber diese Frage zu keinem Differenzpunkte machen. Uebergehend zu der Frage der Funktionszulage des Botschafters in Rom sagt Redner, im Jahre 1862 habe es sich um das Budget eines abgelassenen Jahres gehandelt, wo die Ziffer bereits gleichgültig geworden und eine Verwahrung genügt; jetzt aber stehe die Frage anders, es handle sich um ein beginnendes Jahr. Die Schwierigkeit liege für das Haus darin, der Streichung der Post in der Gesamtsumme beizustimmen, während man sich gegen die Streichung speziell erklärt. Der Vorgang sei logisch unrichtig. Unrichtig sei es überhaupt, daß man von dem Grundsatz aus-

gehe, jede Post müsse in jedem Jahre von beiden Häusern bewilligt werden, um rechtskräftig zu sein. Nach seiner Ansicht müßte im Budget unterschieden werden zwischen Posten, welche als zu Recht bestehend festgestellt sind und den andern, welche in den Voranschlag aufzunehmen sind. In England werde ein ähnlicher Vorgang eingehalten. Da aber es dem Hause unmöglich ist, mehr zu bewilligen, als die Regierung beansprucht und diese sich mit dem Abstrich einverstanden erklärte, bleibe dem Hause nichts übrig, als die Verwahrung, welche Kardinal Rauscher beantragt, anzunehmen.

Lichtenfels stellt zuerst den Satz auf: Alle Einrichtungen und Vorschriften, welche von der Verfassung erlassen wurden, bestehen unbestreitbar zu Recht, deshalb auch alle von Sr. Majestät bewilligten Gehalte und Funktionszulagen. Ihm scheine aber der Vorbehalt, den Herr Kardinal beantragt, nicht für notwendig, da nach dem Gange der Verhandlung das Ministerium des Aeußern auch ohne demselben zur Auszahlung der vom Abgeordnetenhaus abgestrichenen 20.000 fl. berechtigt sei, denn die Regierung habe wohl zu einem Abstriche an der Gesamtsumme der diplomatischen Auslagen, aber keinesfalls zu einem Abstriche an dem Botschafterposten eingewilligt. — Vorsichtsweise, da im Vorjahre ein solcher Vorbehalt gemacht wurde und man Folgerungen daraus ziehen könnte, wenn heuer derselbe nicht ausgesprochen, wolle er jedoch den Vorbehalt befürworten.

Nachdem noch der Berichterstatter gesprochen, wird zur Abstimmung geschritten und werden die Anträge der Kommission ebenso wie der Antrag des Kardinal Rauscher fast einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft, weshalb die Sitzung um 2 Uhr geschlossen wird.

Nächste Sitzung morgen.

Oesterreich.

Wien. Für die deutschen Großmächte tritt, angesichts der Hartnäckigkeit, mit welcher Dänemark die November-Verfassung aufrechterhält, die Nothwendigkeit ein, ihre Kontingente zum Bundes-Exekutionskorps in der im voraus bestimmten Weise zu verstärken. Oesterreicherscheits sind hierzu bereits die beiden Infanterie-Regimenter Graf Hartmann Nr. 9 und Graf Khevenhüller Nr. 35 nebst dem 6. Jägerbataillon in Marsch gesetzt worden, und von Preußen werden gleichzeitig noch zwei weitere Divisionen, wie es heißt, vom zweiten und vierten Armeekorps, mobil gemacht werden. Der Zusammenziehung und Aufstellung des verstärkten preußisch-oesterreichischen Reservekorps an der hollsteinischen Grenze kann außerdem mit jedem Tage entgegengeesehen werden. Die Stärke des Exekutionskorps, welche gegenwärtig, die 12.000 Sachsen und Hannoveraner inbegriffen, auf gegen 70.000 Mann (32.000 Preußen und 25.000 Oesterreicher) angeschlagen werden kann, würde durch fernere Verstärkungen auf gegen 100.000 Mann anwachsen, eine Macht, gegen welche die Dänen, auf sich allein angewiesen, auch in der so stark befestigten Stellung am Dännewerke unmöglich Stand zu halten vermöchten.

Wien, 3. Jänner. Bei der nach Hamburg abgesendeten österreichischen Brigade ist zur Vermittlung des Postverkehrs ein Feldpostamt aufgestellt. Die Briefportotaxe nach und von dem Standorte der österreichischen Brigade entfällt mit 15 fr. pr. Loth. Die an die Militärmannschaft vom Feldwebel abwärts unfrankirt bei dem Feldpostamte einlangenden Korrespondenzen, mit Ausnahme der rekommandirten Briefe, werden portofrei ausgefolgt. Alle anderen unfrankirt bei den internen Postämtern aufgegebenen Privatbriefe sind zu taxiren und wird überdieß der gewöhnliche Zuschlag eingehoben. Zur Vermeidung von Verzögerungen bei der Zustellung oder Retourirung an den Aufgabsort ist auf der Adresse das Regiment oder Korps, wo möglich auch das Bataillon und die Kompagnie, respektive Division und Eskadron, welchen die Adressaten angehören, genau anzugeben und beizusetzen: „Bei der österreichischen Brigade, Hauptquartier Hamburg.“

Wien, 4. Jänner. Ueber den Gesetzentwurf wegen Einführung von Geschwornen-Gerichten hört ein Wiener Korrespondent der „Gr. Tsp.“, daß der ursprüngliche Entwurf im Wesentlichen von dem Sekrionschef Ritter v. Hye herrühren soll, und daß derselbe jetzt in dem Kabinete des Kaisers liegt, nachdem der Justizminister alle von dem Staatsrath vorgekommenen Abänderungen sich angeeignet hat. Se. Majestät soll aber bis jetzt nicht gewillt sein, die Vorlegung des Entwurfes an das Haus in seiner gegenwärtigen Gestalt zu sanktioniren. Der Staatsrath will nur die mit mindestens fünfjähriger Kerkerstrafe bedrohten Verbrechen von einer Jury aburtheilen lassen.

Innsbruck, 2. Jänner. Der Papst hat den Hofrath Habelwanger mit einem Breve vom 18. December das Ritterkreuz des Gregoriusordens verliehen; Weihbischof Zessler, welchen die Regierung nach Rom

sandte, um dort Modifikationen des Konkordates zu erlangen, wird diese Auszeichnung überbringen.

Venedig, 4. Jänner. Se. Excellenz der Herr Staatsminister ist gestern Abends von hier abgereist, muß jedoch in Görz die Eröffnung der durch die Schneeverwehungen Streckenweise unfahrbaren Bahn nach Laibach abwarten.

Ausland.

Leipzig, 4. Jänner. Gestern fand hier eine General-Verammlung der Vertreter von fünfzig Schleswig-Holstein-Ausschüssen in Sachsen statt. Das Leipziger Comité hat sich als Landes-Central-Comité konstituiert, den Anschluß an den Frankfurter Central-Ausschuß beschlossen, und eine Resolution, der sächsischen Regierung für ihre Politik Anerkennung auszusprechen, angenommen.

Die Bewegung der Exekutions-Truppen ist eine außerordentlich behutsame. Der „S. V. H.“ wird aus **Mendelsburg**, 31. December, gemeldet: „Heute Mittags gegen 12 Uhr sind die sächsischen Truppen, nachdem gegen 10 Uhr die dänischen abgezogen waren, eingerückt; die ganze Stadt hatte sich inzwischen mit Fahnen geschmückt, und es wurden die sächsischen Truppen jubelnd empfangen. Eine Abtheilung derselben, etwa 80 Mann Infanterie und circa 50 Dragoner, rückten sofort bis an die Schleusenbrücke im Kronwerk vor, und schickte sich an, dieselbe zu überschreiten, woran sie jedoch von den jenseits stehenden dänischen Posten mit gefälltem Bajonnet! verhindert wurden. Die sächsische Abtheilung postirte sich darauf dießseits der Schleuse, und es erfolgten nun Verhandlungen zwischen dem General v. Hake, welcher persönlich an der Schleusenbrücke erschien, und dem dänischen Kommandanten, deren Inhalt und Resultat uns bisher unbekannt geblieben. Die Truppen stehen in gleicher Stellung wie heute Mittags. Eine allgemeine Illumination der Stadt wird heute Abends stattfinden.“

Bern, 27. December. Demnächst wird eine Proklamation des Bundesrathes an die Bewohner des Dappenthals erscheinen, welche dieselben auffordern wird, sich bis zum 24. Februar 1864 zu erklären, ob sie Schweizer bleiben oder französische Bürger werden wollen. Die betreffende Erklärung haben sie auf der Präfektur zu Nyon abzugeben. Eine ähnliche Proklamation wird auch die französische Regierung erlassen.

Ueber die Unterredung, welche der Prinz von Reuß, Abgesandter des Herzogs Friedrich von Augustenburg, zu Compiègne mit dem Kaiser Napoleon hatte, erhalten wir aus **Paris** nachstehende Mittheilungen:

„Der Abgesandte des Herzogs von Augustenburg, Prinz von Reuß, wurde von dem Kaiser nur einmal empfangen. Ich bin in der Lage, Ihnen über die Einzelheiten der Unterredung folgende Details mitzutheilen. Der Kaiser sprach gegen seine Gewohnheit viel. Er erwähnte der Sympathien, welche er für Dänemark hege, und erinnerte an die alten Allianzen zwischen Dänemark und Frankreich. Nachdrücklich betonte er sein Interesse für den König Christian, welcher in dem Augenblicke, wo er den Thron besteige, sich als die Zielscheibe ungerechter Angriffe erblicke. König Christian habe seinerzeit die Empfindung überwunden, einen seiner Söhne zu opfern, indem er ihn nach Griechenland sandte. König Christian sei in diesem Augenblicke schlecht belohnt für die Opfer, welche er dadurch der Ruhe Europa's gebracht habe. Als der Prinz von Reuß diesen dänischen Herzenserguß hörte, welchen der Kaiser mit einer gewissen Lebendigkeit und beinahe mit Bewegung hervorbrachte, begann er sich zu fragen, ob seine Mission nicht vollständig scheitern werde? Aber ein wenig später schickte der Kaiser sich an, von den Rechten des Herzogs von Augustenburg zu sprechen, und dessen Takt und Mäßigung zu loben. Er billigte es, daß der Herzog den revolutionären Anforderungen zu widerstehen gewußt und sich nicht sogleich nach Holstein begeben habe. Kein Fürst Deutschlands hätte eine politisch orthodoxere Rede halten können.“

Nachdem der Kaiser eine höchst liebenswürdige Haltung angenommen hatte, sagte er zum Schluß: „Sie fassen ohne Zweifel bewundernswürth auf und ich bitte Sie, dem Herzoge zu wiederholen, daß, wenn ich nicht unmittelbar alle meine Sympathien für denselben zum Ausdruck bringe, so geschieht dieß bloß, weil ich durch die Akte und den Charakter meiner Politik gebunden bin. Ich habe übrigens überall die leidenden Nationalitäten vertheidigt, und es ist mir nicht möglich, das im Norden zu bekämpfen, was ich im Süden vertheidigt habe.“ Der Kaiser schloß die Konversation, indem er auf den Kongreß zu sprechen kam, und die Hoffnung ausdrückte, daß sich derselbe bald verwirklichen werde.

Paris, 4. Jänner. In politischen Kreisen zirkulirt das Gerücht: der Herr Erzherzog Ferdinand Maximilian werde, wenn Forey's Mission nach Marimar ein günstiges Resultat hat, nach Paris kommen.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 7. Jänner.

Gestern Abends ist das eine Geleise der Karstbahn frei geworden, und ist der Verkehr auf demselben bereits eingeleitet, das zweite Geleise dürfte erst in 5 bis 6 Tagen frei gemacht werden. Zwischen Prestranek und St. Peter sind über 4 Schuh hohe Verwehungen. Der Postzug von Triest, der erste seit 5 Tagen, ist heute Nacht halb 3 Uhr hier angekommen; mit demselben reiste auch Sr. Erz. der Herr Staatsminister v. Schmerling, welcher in Görz das Freiwerden der Bahn abwarten mußte, nach Wien zurück.

Die Temperatur ist in den letzten drei Tagen hier auf 17—18 Grad gesunken; eine Kälte, die wir seit mehreren Jahren nicht gehabt haben.

Gestern Früh wollte ein Individuum in einem Hause in der Theatergasse eine Partie Torf stehlen, ward aber gesehen und sein Vorhaben vereitelt.

Morgen Abend findet im Redoutensaal ein öffentliches Konzert der philharmonischen Gesellschaft statt, dessen Erträgnis zum Besten des Fonds bestimmt ist. Die mit den Sängern in engerer Verbindung stehenden Turner und Schützen, wie überhaupt alle Musikfreunde werden freundlichst eingeladen, recht zahlreich zu erscheinen.

Herr Belling, welcher mit seiner Gesellschaft von Marburg nach Triest gehen wollte, aber in Folge der von der Bora an dem Circus Carré dort angerichteten Verwüstungen genöthigt ist, hier zu verbleiben, wird sechs Vorstellungen im Coliseum geben, deren erste bereits morgen stattfinden soll. Herrn Bellings Gesellschaft hat sich, seit er hier war, sehr vergrößert, und dürften die Freunde der Equilibristik wieder manchen Genuß haben.

Ein solches Unwetter, wie selbiges am 3. und 4. d. M. über Triest hereingebrochen, soll, wie die „Tr. Ztg.“ berichtet, seit Menschengedenken dort nicht geherrscht haben. Die Bora hat jede Kommunikation in der Stadt unterbrochen und großen Schaden an Gebäuden und Schiffen angerichtet. Eine Menge Unglücksfälle, schwere Verletzungen u. hat der Sturm zur Folge gehabt und die „Tr. Ztg.“ konnte am Montag nur in einem halben Bogen erscheinen, weil das Druckerpersonal fehlte. Am schlimmsten erging es den Bewohnern der Häuser, bei denen kein Brannen sich befindet; sie litten Wassermangel wie in der größten Dürre.

A. R. Neustadt, 2. Jänner. Was in unserm engern Vaterlande wohl den würdigsten Schluß des alten Jahres bildete, war — die jüngste Begrüßung des Herrn Staatsministers v. Schmerling von Seite mehrerer Verfassungsfreunde unserer Kronlandshauptstadt. Diese Begrüßung, sie hat gewiß im ganzen Kronlande An- und Nachklang gefunden, sowohl was ihre persönliche, noch mehr aber was die politische Deutung betrifft. Wir sind leider nicht in der berechnungswürthigen Lage, uns welcher Kommunikationsmittel zu erfreuen, um unseren Gefühlen der lebhaftesten Zustimmung zu diesem Begrüßungsakte sofort Ausdruck geben zu können, und wenn daher diese unsere Stimme auch spät kommt, so kommt sie doch und dieß aus fester verfassungstreuer Ueberzeugung, die wir ganz mit Jenen theilen, welche diesen ehrenvollen Akt zu vollziehen so glücklich waren.

Unser Casinofränzchen am Sylvesterabend war sehr animirt und wurde das neue Jahr unter Gläserklang und Trompetenschall in echt gehobener Stimmung empfangen.

Die Beschwerung, welche uns das neue Jahr gebracht hat, ist ein ausgiebiger Schneefall, der zur Verbesserung der Kommunikation in unserer Stadt wesentlich beiträgt und uns gleich bei Beginn des neuen Jahres zur Nothwendigkeit zwingt — unsere Stadtrepräsentanz zu fragen: Wird im neuen Jahre mit dem Wegführen des Schnees aus Straßen und Gassen begonnen — oder bleibt es bei der alten Ordnung, zufolge welcher dießfalls Alles lediglich der Zeit und dem Zufalle überlassen wurde?

Vor Ablauf des alten Jahres sind auch in den zwei letzten Ortschaften Steindorf und Potocendorf die sämtlichen polizeilichen Vorkehrungen rücksichtlich der Viehsuche eingestellt und aufgehoben worden, und ist nunmehr unser ganze Bezirk vollkommen seuchenfrei.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Leipzig, 5. Jänner. Die offiziöse „Leipziger Zeitung“ veröffentlicht einen scharfen Artikel über die „grobsten, absurden“ Ausfälle gegen die Mittelstaaten im Neujahrsabschied der Berliner „Kreuzzeitung“. Die Politik der Mittelstaaten verteidigt die „Leipz. Ztg.“ gegen die preussischen Annexionsgelüste. Die Einigkeit der deutschen Großmächte erweise sich als unheilvoll für Deutschland. Neben ihnen aber sei es aller-

dings möglich, daß die Mittelstaaten eine starke Phalanx zum Schutze der Ehre und Interessen Deutschlands bilden.

Dresden, 4. Jänner. Das heutige „Dresdener Journal“ meldet: Die sächsische Brigade in Holstein hielt am Neujahrstage in Rendsburg Mast. Vorgestern sind zwei Bataillone, zwei Schwadronen und eine reitende Batterie nach Hademarschen in der Richtung auf Friedrichstadt abmarschirt.

Dresden, 5. Jänner. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erklärte Herr v. Veust, die Abstimmung Sachsens bezüglich des Aufenthaltes des Herzogs Friedrich in Holstein sei abweichend von dem Präsidialantrage, und beruhe auf der Rücksichtnahme auf die Verantwortlichkeit des Bundeskommissärs und andere nicht das Geringste an der rechtlichen und politischen Haltung Sachsens. Er sprach zugleich die Hoffnung aus, die Majorität werde für den Anspruch des Herzogs von Augustenburg entscheiden, und bestätigte die württembergische Erklärung.

Dresden, 5. Jänner. Der Kommissionsbericht der ersten Kammer über den schleswig-holsteinischen Vierzigerantrag der zweiten Kammer empfiehlt, dem Bedauern über den Beschluß betreffs der Bundesexekution und der Anerkennung für die Thätigkeit der Regierung beizutreten, dagegen statt der Occupation ganz Schleswig-Holsteins die schleunige Entscheidung über die Erbfolge, dann wirksamen Schutz für die Zusammengehörigkeit und Abweisung ausländischer Einmischung. Morgen erfolgt die Beschlußfassung.

Frankfurt, 4. Jänner. Preußen hat in Wien vorgeschlagen, am Bunde zu beantragen, daß der eventuelle Vollzug der Pfandnahme Schleswigs ausschließlich in die Hände der beiden Großmächte gelegt werde. (Presse.)

Frankfurt a. M., 5. Jänner. Die heutige „Europe“ enthält folgende Mittheilung: Sir Malet habe dem Bundespräsidialgesandten eine neue Note Englands an den Bund zugestellt, worin der Konferenzvorschlag dringend wiederholt und von dessen Annahme oder Nichtannahme Krieg oder Frieden abhängig gemacht wird.

Berlin, 5. Jänner. Wie verlautet, hat Herr v. Bismarck sich mit dem Grafen Rechberg über die in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit einzunehmende gemeinsame Haltung verständigt. Oesterreich und Preußen werden am Bunde erklären, daß sie an der eventuell zu beschließenden Occupation Schleswigs sich nur in dem Falle zu betheiligen vermöchten, wo lediglich sie (Oesterreich und Preußen) mit der Ausführung derselben betraut werden würden. (Also Occupation durch die Großmächte allein oder durch das „eigentliche Deutschland“ allein.) (Pr.)

Berlin, 5. Jänner. In der gestrigen Sitzung des Anleiheauschusses war Hr. v. Bismarck anwesend und sprach wiederholt für die Politik der freien Hand. Er drückte schließlich die Hoffnung aus, daß das Haus werde lieber die Mittel bewilligen als die Regierung zwingen, solche selbstständig zu beschaffen. Die Debatte wurde vertagt.

Berlin, 5. Jänner. Die „Kreuzzeitung“ meldet: Die 13. Division habe Befehl zur sofortigen Konzentration in der Priegnitz erhalten. Dieser Befehl dürfte mit eventuellen weiteren Schritten behufs der sofortigen Occupation Schleswigs im Zusammenhang stehen.

Der preussische Generalkonsul in Kopenhagen Duehl, ist am Sonntag in Folge eines Schlagflusses gestorben.

Daselbe Blatt meldet: Lord Cowley habe am 2. d. M. Herrn Drouyn de Lhuys eine Note Carl Rüssels wegen Abhaltung einer besonderen Konferenz zur Lösung der dänisch-deutschen Frage überreicht.

Aus Wien meldet die Kreuzzeitung: Das österreichische Kabinet, habe in Berlin erklärt, es wolle von jeder Aktion in der schleswig-holsteinischen Frage zurücktreten, wenn Preußen sich im jetzigen Stadium vom Londoner Protokoll lössage.

Hamburg, 4. Jänner. Dem Vernehmen nach geht Senator Rücker nach Frankfurt behufs dießjähriger Stimmführung für die freien Städte beim Bunde. Rendsburger Korrespondenzen von gestern besagen, daß nichts von politischem Interesse vorgefallen.

Die „Hamburger Zeitung“ schreibt: Es heißt, daß der Durchmarsch der Truppen sistirt worden sei, weil bei dem gegenwärtigen Frostwetter der Transport über beide Elbearme unthunlich ist.

Die Dänen verpallidiren die zum Kronenwerke führende Schleusenbrücke.

Hamburg, 4. Jänner (Nachts.) König Christian IX. hat eine Proklamation an die Armee erlassen, in welcher er u. A. sagt: Das neue Jahr findet Euch zur Vertheidigung des Vaterlandes in den Waffen; darum ist Euer König bei Euch. Ich habe in Einem das volle Erbe meines Vorgängers angetreten — in der Liebe zum Vaterlande. Unser Lösungswort ist „die Ehre des Vaterlandes“; sie soll

auf dem Wege des Friedens, so wie, wenn erforderlich, durch Kampf bewahrt werden. Zur Rettung des Vaterlandes ist kein Leben zu kostbar. Die Armee hat aus dem vorigen Kampfe erfahrene Führer, denen das junge Heer mit Begeisterung folgen wird. Nicht die Zahl, sondern der Muth und der unbedingte Gehorsam der Soldaten geben in allen Fällen den Sieg. Der König freut sich, bald die verschiedenen Truppenkorps zu besuchen.

Die „Flensburger Zeitung“ vom 4. d. M. meldet: Die Insel Femern soll von Eekernsörde eine bedeutende Besatzung erhalten; im Falle des Krieges sollen von dort Flankenangriffe stattfinden. Der König begibt sich heute nach Friedrichstadt; er hielt gestern eine Revue über einen bedeutenden Theil der Armee ab.

Rendsburg, 4. Jänner. Hannover'sche und österreichische Pioniere und ein kleiner Pontontrain sind, wie es heißt, zum Schanzenbau hier eingetroffen. Es geht das Gerücht, ein dänisches Pionnierkommando sei nach dem Kronenwerke abgegangen mit der Instruktion, beim Ausbruche der Feindseligkeiten, die Brücken, zunächst die Schleusenbrücke, zu sprengen. Die Bundesstruppen haben einen Getreidelieferungskontrakt abgeschlossen.

Kiel, 4. Jänner. Die Prälaten und die Ritterschaft richteten unterm 28. December eine Eingabe an den Bund, worin sie u. A. beantragen:

Der Bund wolle bei Entscheidung über die Erbfolge das Recht Holsteins aufrecht erhalten, den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und das Recht Holsteins wie seines Fürsten auf die vollständige und unzertrennliche Verbindung Holsteins mit Schleswig schützen.

Aus Heyde, 3. d. M., wird gemeldet: Die Landesvorsteherkollegien beider Dithmarschen haben sich für die Anerkennung des Herzogs Friedrich ausgesprochen und eine Deputation an ihn abgesendet. General Hake ist mit zwei Infanteriebataillonen, einer halben reitenden Batterie und etwas Kavallerie dajelbst Nachmittags eingerückt, wahrscheinlich, um an die Unter-Eider zu rücken und die Ueberschreitung der Dänen zu hindern.

Die holsteinische Regierung wird sicherem Vernehmen nach nächster Tage nach Kiel verlegt.

London, 4. Jänner. Das englische Kabinet hat den beiden andern nichtdeutschen Großmächten (Rußland und Frankreich) den Entwurf einer identischen, an den Bund zu richtenden Protestnote gegen das Einrücken von Bundesstruppen in Schleswig im Sinne des hessen-darmstädtischen Antrages, vorgelegt. Rußland hat sofort zugestimmt; die Antwort Frankreichs wird heute erwartet. (Pr.)

Kopenhagen, 2. Jänner. Es herrscht allgemein die Annahme, eine französische und wahrscheinlich auch eine britische Flotte werden nächstens hier erscheinen.

New-York, 24. December. Die Repräsentantenkammer votirte 20 Millionen zu Handgeldern für Freiwillige. Es geht das Gerücht, in Mexiko habe sich ein Theil von Neu-Leon zu Gunsten Frankreichs erklärt. Ein anderes Gerücht will wissen, daß von drei „Monitors“ der Unionisten und dem „Ironside“, welche die Sperrung des Hafens von Charleston versuchten, zwei „Monitors“ beschädigt worden seien. Man befürchtet auch, daß die Fregatte „Ironside“ verlassen werden müsse.

Markt- und Geschäftsbericht.

Laibach, 5. Jänner. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 14 Wagen mit Holz.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Megen fl. —. — (Magazin-Preis fl. 5.66); Korn fl. —. — (Mg. Pr. fl. 3.31); Gerste fl. —. — (Mg. Pr. fl. 3.—); Hafer fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.25); Halbfucht fl. —. — (Mg. Pr. fl. 3.80); Heiden fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.46); Hirse fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.96); Kukuruz fl. —. — (Mg. Pr. fl. 3.55); Erdäpfel fl. —. — (Mg. Pr. fl. —.—); Linsen fl. 4.20 (Mg. Pr. fl. —.—); Erbsen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —.—); Bifolen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —.—); Rindschmalz pr. Pfund kr. 55, Schweinschmalz kr. 39; Speck, frisch kr. 20, detto geräuchert kr. 27; Butter kr. 50; Eier pr. Stück kr. 2; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 18—22, Kalbfleisch kr. 20, Schweinefleisch kr. 20, Schöpfenfleisch kr. —; Hühner pr. Stück kr. 26, Tauben kr. 16; Hen pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.40, Stroh kr. 70—90; Holz, hartes 30“, pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mg. Pr.) rother, pr. Eimer fl. 10 bis 14.

Theater.

Heute Donnerstag: **Er muß auf's Land.**
Lustspiel in 3 Akten, von Friedrich.
Morgen Freitag: **Beschlossen.**

Börsenbericht.

Wien,
den 5. Jänner

Die Stimmung nicht besser als gestern. In den Aktien der Staatspapiere wieder ein kleiner Rückgang, nur 1850er-Lose behauptet, und Grundentlastungs-Obligations fest. In Industriepapieren nicht viel Veränderung, nur Kredit-Aktien wieder um circa 1 1/2 Gulden billiger. Wechsel auf fremde Plätze anfangs fest, am Schluss wohl etwas billiger, aber dennoch um 1% höher als gestern; auch Gold im Verhältnisse höher. Gold sowohl im Effekte als im Leihgeschäfte flüssig und billig.

Öffentliche Schuld.

A. des Staates (für 100 fl.)			
	Geld	Waare	
In österr. Währung zu 5%	68 —	68.10	
5% Anleihe v. 1861 mit Rückz. 1/2%	96 —	96.25	
ohne Abschritt 1862 1/2%	94.25	94.50	
National-Anleihen mit Zinsen-Coupons	5%	79.60	79.70
National-Anleihen mit April-Coupons	5%	79.70	79.80
Metalliques	5%	72.30	72.40
ditto mit Mai-Coups.	5%	72.50	72.60
ditto	4 1/2%	64 —	64.25
mit Verlosung v. Jahre 1839	140.50	141 —	
" " 1854	90.50	91 —	
" " 1860 zu 500 fl.	91.60	91.75	
" " zu 100 fl.	93.30	93.40	
Como-Montenap. zu 42 L. austr.	18 —	18.50	
B. der Kronländer (für 100 fl.)			
Grundentlastungs-Obligations.			
Nieder-Österreich zu 5%	87.50	88 —	
Ob- u. N. u. Salz. zu 5%	85 —	85.5	

Geld Waare			
Böhmen	5	90 —	91 —
Steiermark	5	87.50	88.50
Kärnt., Krain u. Küst.	5	87 —	87.50
Mähren u. Schlesien	5	88.50	—
Ungarn	5	75 —	75.50
Em. Ban., Kro. u. Slav.	5	72.75	73 —
Galizien	5	71.70	72 —
Siebenb. u. Bukow.	5	71.90	72.25
" m. d. Berl.-Gl. 1867	5	70.80	72.75
Venetianisches Anl. 1859	5	92.50	93 —
Aktien (pr. Stück.)			
Nationalbank	783 —	785 —	
Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. B.	178.60	178.80	
M. u. Oecum.-Ges. 500 fl. d. B.	655 —	658 —	
K. Ferd.-Nordb. 1000 fl. G.M.	1713 —	1715 —	
Staats-Ges. 200 fl. G.M.	186.50	186.75	
oder 500 Kr.	186.50	186.75	
Kais. Gl.-Bahn zu 200 fl. G.M.	137.27	137.50	
Süd.-nord. Verb.-B. 200 " n. cent.	126.25	126.50	
Süd. Staatsb. Lomb.-ven. n. cent.	—	—	
ital. Gl. 200 fl. d. B. 500 Kr.	—	—	
mit Einbezahlung	247 —	248 —	

Geld Waare			
Galiz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl. G.M.	197.50	198 —	
Öst. Ven.-Dampfsch.-Ges.	427 —	429 —	
Österreich. Lloyd in Triest	230 —	232 —	
Wien Dampfsch.-Akt.-Ges.	430 —	440 —	
Reiter Kettenbrücke	392 —	394 —	
Böhm. Westbahn zu 200 fl.	153.50	154 —	
Eisenbahn-Aktien 200 fl. G. M.	—	—	
m. 140 fl. (70%) Einzahlung.	147 —	—	
Pfandbriefe (für 100 fl.)			
Nationalbank 10jährige v. 3.	102.50	103 —	
Bank auf 1857 zu 5%	90.25	90.50	
G. M. verlosbare 5%	86.20	86.30	
Nationalbank auf d. B. verlosb. 5%	88.75	89 —	
Ungarische Kredit-Anstalt zu 5 1/2 pSt	88.75	89 —	
Lose (pr. Stück)			
Kred.-Anstalt für Handel u. Gew. zu 100 fl. öst. B.	136.70	136.90	
Den. Dampfsch.-G. zu 100 fl. G.M.	90.50	91 —	
Stadtgem. Ofen " 40 " d. B.	30.50	31 —	
Güterhaz " 40 " " "	94 —	94.50	
Salz " 40 " " "	36.50	37 —	

Geld Waare			
Balfy zu 40 fl. G.M.	33.75	34.25	
Clary " 40 " "	32.50	32.75	
St. Genois " 40 " "	34 —	34.25	
Windischgrätz " 20 " "	19.50	20 —	
Waldstein " 20 " "	20.25	20.75	
Regelich " 10 " "	16 —	16.25	
Wechsel.			
3 Monate.			
Geld Waare			
Augsburg für 100 fl. südd. W.	102.50	102.75	
Frankfurt a. M. ditto	102.75	103 —	
Hamburg für 100 Mark Banco	91.25	91.50	
London für 10 Pf. Sterling	120.30	120.50	
Paris für 100 Francs	47.60	47.65	
Cours der Goldsorten.			
Geld Waare			
K. Münz-Dufaten 5 fl. 76 fr.	5 fl. 77	77	Kfr.
Kronen " 16 " 60 " "	16 " 63 " "		
Napoleon's d'or " 9 " 67 " "	9 " 68 " "		
Russ. Imperials " 9 " 92 " "	9 " 94 " "		
Bereinsthaler " 1 " 80 " "	1 " 81 " "		
Silber-Agio " 119 " 75 " "	120 " — " "		

Fremden - Anzeige.

Den 4. Jänner

Stadt Wien.

Die Herren: Fürst Windischgrätz, k. k. Oberst und Rittm., Kaufmann, von Graz. — Urbanitzky, Gutsbesitzer, von Thurn. — Szwinscheg, Gutsbesitzer, von Geitau. — Bedzinger, k. k. Oberarzt von Verona. — Nisbet, Privat, von London.

Glephant.

Die Herren: Meszler, Handelsmann, von Straßburg. — Kalonheits, Ingenieur, von Brinn. — Graf Cz. k. k. Major, von Verona. — Schmetz, k. k. Oberlieutenant von Stein. — Knoll, k. k. Oberfinanzrath, von Graz. — Wintler von Wietzka. — Dussl und Proffenegg, Kaufleute, von Wien. — Frau Baronin Hartlieb von Walford.

Wilder Mann.

Die Herren: Drechsler, Direktor eines lithog. Institutes, von Mailand. — Graf Volza, k. k. Major, von Udenburg.

Mohren.

Die Herren: Putre von Wien. — Knoll, k. k. Hauptmann und Zacher, k. k. Marinebeamte, von Pola. — Chahes, Handelsagent, von Brody. — Geyer, Handelsmann, von Pittai.

(57) Erklärung.

Dem anonymen Briefschreiber, welcher so freundlich ist, mich öfter mit seinen Zuschriften zu beehren, diene zur Wissenschaft, daß ich nur seinen ersten Brief gelesen, alle anderen aber ungelesen in's Feuer geworfen habe. Er kann sich daher seine Mühe fernerhin ersparen.

M.

Von dem Edelguth der Bewohner Laibach's überzeugt, gebe mich der Hoffnung hin, daß ich mich auch diesmal eines zahlreichen Besuches erfreuen werde, wobei bemerke, daß ich meine Gesellschaft durch bedeutende neue Kräfte verstärkt habe.

Das Nähere wird durch Anschlagzettel und Zeitung bekannt gegeben.

Dem Wohlwollen empfiehlt sich

Achtungsvoll ergebenst

Friedrich Belling.

Direktor.

(16—2) **Ein quiescirender oder pensionirter Priester**

kann bei einer Herrschaft unweit Laibach als Schloßgehilfe gleich Aufnahme finden.

Die nähere Auskunft hierüber ertheilt aus Gefälligkeit das Comptoir der „Laibacher Zeitung.“

(2654—2)

Die zweite Abtheilung von Sattler's Kosmorama
auf dem Congressplatz
schließt am 9. Jänner.

Lokal - Veränderung.

Die unterfertigte Haupt-Agentenschaft beehrt sich hiemit einem geehrten P. T. Publikum ergebenst anzuzeigen, daß es ihr endlich gelang, ein passendes und dauerndes Kanzlei-Lokale zu finden.

Die Kanzlei befindet sich nun vom heutigen Tage im Hause des Herrn Ferdinand Kastner, vis-à-vis der Sparkasse.

Laibach am 7. Jänner 1864.

Haupt-Agentenschaft für Krain

der k. k. priv. Riunione Adriatica di Sicurtà
Max. Kuscher.

(55—1)

(2638—3)

3000 Feuerlöschheimer

von Eisenblech,

20000 feuerfeste Ziegel

aus den besten englischen Fabriken

und

1000 Ztr. gußeiserne Wasserleitungsröhren

mit 5 Zoll Durchmesser

sind in der Laibacher Zuckerraffinerie in beliebigen Partien billigst zu verkaufen.

(2203—3)



Geprüft, attestirt und empfohlen von vielen berühmten Autoritäten der Medizin!

Dr. Béringuer's aromat. Kronengeist

(Quintessenz d'Eau de Cologne)

Original-Flasche 1 Fl. 25 Kr.

Original-Kiste 7 Fl. 50 Kr.

bewährt sich nicht nur als ein vortreffliches Riechwasser, welches die Lebensgeister ermuntert und stärkt, sondern auch als ein herrliches medicamentöses Unterstützungsmittel, und ist eine wahre Wohlthat für alle Personen, die an Kopfweh und Migräne leiden. Von anerkanntem grossem Nutzen bei Schwäche-Zuständen des Nerven-Systems und der Verdauungs-Organen empfiehlt sich Dr. Béringuer's k. k. a. priv. Kronengeist als ein wahrhaft schätzbare und werthvolles Hausmittel; dem Waschwasser beigemischt, stärkt und belebt es Kopf und Augen und verleiht der Haut elastische Weichheit und jugendliche Frische.

Aus Frühlings-Kräutern vom Jahre 1863.

Med. Dr. BORCHARDT's**aromatisch-med. Kräuter-Seife.**

PREIS eines versiegelten Original-Päckchens. 42 Nkr.

Die Dr. Borchardt'sche k. k. a. priv. Kräuter-Seife ist ein vortreffliches Mittel, die Haut zu stärken und gesund zu erhalten; sie ist unbestritten das Beste, was in diesem Fache geliefert werden kann, sowohl gegen die so lästigen Sommersprossen, Leberflecken, Sonnenbrand, Pusteln, Pickeln, Hautbläschen etc., als wie auch zur Erhaltung und Herstellung einer reinen, geschmeidigen Haut in kräftiger Frische und belebtem Ansehen;

sie eignet sich gleichfalls mit grosser Ersparlichkeit zu Bädern jeder Art.

Das glückliche Resultat einer vorgeschrittenen, sorgsamem, wissenschaftlichen Erkenntnis sind die privilegierten

Dr. Hartung'schen Haarwuchsmittel,

bestimmt, sich zur rationellen Haarkultur in ihren Wirkungen gegenseitig zu ergänzen; dient das

Chinarinden-Gel

zur Conservirung und zur Verschönerung der Haare überhaupt, so ist die

Kräuter-Pomade

zur Wiedererweckung und Belebung des Haarwuchses angezeigt; erhöht ersteres die Elasticität und Farbe des Haars, so schützt letztere vor dessen frühzeitigem Erbleichen und Ausfallen, indem sie der Epidermis eine neue, wohlthuende Substanz mittheilt und die Haarzwiebeln auf so kraftvollste Weise nährt, dass sie zu frischem Wuchse regenerirt werden.



à 55 Nkr.



à 55 Nkr.

Alleinverkauf zum festgestellten Fabrikspreise für die Stadt Laibach bei

Johann Kraschowitz und **Hoinig & Boschitsch**, sowie auch für Cilli: **Karl Krisper**, Friesach: **Apoth. W. Eichler**, Illyr. Feistritz: **Josef Litschan**, Klagenfurt: **Apoth. Alois Maurer** und **Johann Suppan**, Krainburg: **Franz Krisper**, Neustadt: **Apoth. Dom. Rizzoli**, Spital: **B. Max Wallar**, Villach: **Math. Fürst**, in Wippach: **J. N. Dollens**.

Hiezu ein Bogen Amts- und Intelligenzblatt.